

Schleswig-Holstein

Nachrichten

Bundesmitten ausgeschöpft

KIEL Das Bauprogramm des Bundes für Schulen und Kitas ist in Schleswig-Holstein nach Einschätzung von Finanzministerin Monika Heinold ein voller Erfolg. Die ersten 100 Millionen Euro seien jetzt vollständig vergeben, sagte die Grünen-Politikerin gestern. Die Vorbereitung für das zweite 100-Millionen-Euro-Programm laufe auf Hochtouren. Dieses Geld steht ausschließlich für den Schulbau zur Verfügung. „Der Bedarf für Investitionen in Kita und Schulen ist groß“, sagte Heinold. „Er wird Bund, Land und Kommunen auch weiterhin vor finanzielle Herausforderungen stellen.“ Mit dem Programm hatte der Bund finanzschwachen Kommunen für den Zeitraum von 2015 bis 2018 insgesamt 3,5 Milliarden Euro für Investitionen zur Verfügung gestellt. Auf Schleswig-Holstein entfielen davon 99,5 Millionen Euro. 76,8 Millionen davon fließen in die energetische Sanierung von Schulen. 19,2 Millionen Euro entfallen auf Sanierungsmaßnahmen an Kitas oder Ersatzbauten. *lmo*

Neubau für die Forschung

SÜLFELD Das Forschungszentrum Borstel in Sülfeld (Kreis Stormarn) erhält für rund 40 Millionen Euro einen Neubau. In dem geplanten dreigeschossigen Neubau des Leibniz-Lungenzentrums sollen 14 Forschungsgruppen mit rund 150 Mitarbeitern unterkommen, wie das Wissenschaftsministerium gestern in Kiel mitteilte. Vorgesehen sind Labore, Büro- und Personalräume. Der Neubau soll 2022 in Betrieb genommen werden. Die Kosten teilen sich das Land Schleswig-Holstein und der Bund. Der Neubau war notwendig geworden, weil eine Sanierung des bestehenden Laborgebäudes nicht durchführbar war. Borstel ist eine Forschungseinrichtung der Leibniz-Gemeinschaft, die auf die biomedizinische Forschung auf dem Gebiet der Lungen- und Bronchialerkrankungen spezialisiert ist. Das Projekt sei ein „deutliches Signal zur Stärkung der Forschungslandschaft“, sagte Wissenschaftsministerin Karin Prien (CDU). *epd*

„Pflege muss mehr Gewicht bekommen“

Jahrzehntlang wurde eines der wichtigsten Themen vernachlässigt, sagt Schleswig-Holsteins Sozialminister Heiner Garg

Interview:
Stefan Hans Kläsener
und Dieter Schulz

Herr Garg, wissen Sie, was Sie mit Ihrem Parteichef Christian Lindner gemeinsam haben? Von Ihnen beiden hat man in den letzten Wochen wenig gehört...
Ich war jetzt drei Wochen im Urlaub...

Worin unterscheiden Sie sich von Herrn Lindner?
Also ich bin älter als er und habe einen Lebenspartner. Aber Spaß beiseite, ich glaube, wir unterscheiden uns von der Themensetzung. Es ist kein Geheimnis, dass ich seit einem Vierteljahrhundert Sozial- und Gesundheitspolitik mache, während Christian Lindner mit Wirtschafts-, Haushalts- und Finanzpolitik da einen ganz anderen Schwerpunkt hat.

Wenn Robert Habeck die Bauern in der Dürrekatastrophe vor den Kopf stößt, springt Ihr Fraktionskollege Kumbartzky den Landwirten bei. Wenn Aminata Touré gegen die Abschiebehaft argumentiert, zieht Ihr Rechtsexperte Rossa die Daumenschrauben an – wie grün sind die Liberalen den Grünen?

In der Koalition arbeiten wir seit vergangem Jahr konstruktiv und auf Augenhöhe zusammen. Dass es an der einen oder anderen Stelle in der Sache unterschiedliche Meinungen gibt, das finde ich richtig. Das sollte man auch nicht verkleistern. Beispiel Landwirte – wenn es da vom grünen Minister und vom fachpolitischen Sprecher unserer Fraktion unterschiedliche Auffassungen gibt, dann gehört es zum Wesen dieser Jamaika-Koalition, dass man dies auch ausspricht. Es sind zwei unterschiedliche Parteien, aber am Ende gelingt es uns, in der Koalition einen gemeinsamen Weg zu finden. Es tut der Demokratie gut, dass Parteien mit unterschiedlichen Auffassungen in der Sache trotzdem in der Lage sind, zum Wohle des Landes zu regieren.

Haben diese Reibereien etwas mit der Strategie von Robert Habeck zu tun, die Grünen anstelle der SPD als neue soziale Volkspartei zu positionieren?
Über die Motivationslage des



Konstruktiv – so sieht Sozialminister Heiner Garg (FDP) die Arbeit der Jamaika-Koalition in Kiel, und so versteht er auch deren Kita-Ambitionen, die vor Beitragsfreiheit zunächst auf mehr Qualität setzen will.

FOTO: MARTIN JAHR

Kollegen Habeck mag ich nicht spekulieren. Aber natürlich will er als Bundesvorsitzender, dass die Grünen noch erfolgreicher werden. Und die SPD macht doch zurzeit die Scheunentore weit auf. Es muss eher eine Aufgabe für uns Liberale sein, den von der SPD Enttäuschten ein Angebot zu machen.

Herr Habeck verabschiedet sich Ende des Monats nach Berlin. Wird es ohne ihn in Kiel für die Liberalen einfacher oder schwerer?

Die letzte Zeit, in der Robert Habeck die Doppelrolle als Bundesvorsitzender und Minister ausgefüllt hat, war für ihn selbst am schwierigsten. Ohne Robert Habeck wäre es schwierig geworden, das Jamaika-Bündnis zu schmieden, er war einer der Protagonisten. Seit er Bundesvorsitzender ist, hat es an der einen oder anderen Stelle geknirscht. Aber jetzt ist die Rollenverteilung klar und es gibt mit Jan Philipp Albrecht einen neuen Kollegen.

Die Nord-Liberalen profitieren in den Umfragen als einziger Jamaika-Partner nicht vom Erfolg der Kieler Regierung. Haben Sie Angst davor, nach der nächsten Landtagswahl als Regierungspartner nicht mehr gebraucht zu werden?

Nein. Die Legislaturperiode dauert fünf Jahre und am Ende dieser entscheidet sich, was dabei herausgekommen ist. Ich möchte auf zwei Dinge aufmerksam machen. Erstens steht uns durch den Weggang von Wolfgang Kubicki in die Bundespolitik in Schleswig-Holstein ein Zugpferd nicht mehr uneingeschränkt zur Verfügung. Und zweitens, Bernd Buchholz und auch ich müssen und wollen die Infrastruktur wieder auf Vordermann bringen. Dies betrifft Straßen, Krankenhäuser, aber auch die Kita-Finanzierungs-Reform – das sind alles Bereiche, in denen keine kurzfristigen Erfolge zu erzielen sind. Ich habe vor dem Urteil der Bürgerinnen und Bürger am Ende der Legislatur keine Angst.

Das hoch verschuldete Berlin hat jetzt die Kita-Gebühren komplett abgeschafft. Im Land soll es erst 2020 eine Gebührenreform geben – lässt sich Jamaika bei Zukunftsthemen zu viel Zeit?

Auf keinen Fall. Die Niedersachsen, die die Kita-Gebühren ja auch komplett abschaffen wollen, wissen noch nicht einmal, wie sie das finanzieren können. Ebenso die Berliner. Ich sage ganz deutlich, auf das Auspielen von Beitragsfreiheit gegen Qualität bei der Kita-Betreuung lasse ich mich nicht ein. Davon hat niemand etwas – weder die Kinder, noch die Eltern, geschweige denn die Erzieherinnen und Erzieher. Wir werden 481 Millionen Euro zusätzlich im Rahmen der Kita-Reform aufwenden. 210 Millionen davon für Qualitätsverbesserungen, zum Beispiel für den Fachkraft-Kind-Schlüssel. Rund 160 Millionen für die Entlastung der Eltern durch die Deckelung der Beiträge und den Rest in die Entlastung der Kommunen. Mittelfristig ist die Bei-

tragsfreiheit das Ziel, aber nicht auf Kosten der Qualität. Auch die Mehrzahl der Eltern will, davon bin ich überzeugt, keine Kinderaufbewahrung, sondern eine vernünftige Betreuung. Und die hat ihren Preis.

Profiliert sich die FDP innerhalb von Jamaika als neue Ordnungspartei? In der Asylpolitik vertreten Sie sowohl im Land als auch im Bund härtere Positionen als die Nord-CDU...

Bundespolitisch sind wir die demokratische Partei, die als erstes ein klares Modell für Zuwanderung vorgelegt hat. Was mich gegenwärtig regelrecht in den Wahnsinn treibt, ist die Tatsache, dass selbst in der politischen Diskussion Asyl, Flucht und Zuwanderung in einen Topf geworfen werden. Wir Liberalen haben nie bestritten, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Wir fordern nur klare Regeln. Das finde ich nicht härter, sondern nur konsequent. Wir sind eine Rechtsstaatspartei und da wir seit zwei Jahren einen massiven Vertrauensverlust in öffentliche Institutionen feststellen, finde ich es richtig, die Dinge beim Namen zu nennen.

Die Aufwertung der Pflege ist eines Ihrer Herzensanliegen. Aber was kann Schleswig-Holstein da allein bewirken?

Ganz konkret haben wir sofort eine hochwertige Ausbildung in der Altenpflege bis 2020 sichergestellt. Wir haben das Schulgeld in einem Schritt von 310 Euro auf 450 Euro pro Monat erhöht und das für 2100 geförderte Plätze. Schleswig-Holstein hat als erstes Bundesland die Fondsverwaltende Stelle, eine Schlüsselposition für die Reform der Pflegeberufe, gegründet – das sind Dinge, auf die wir Einfluss nehmen können und dies auch tun. Auch die Kommunen können ihren Beitrag dazu leisten. So gibt es inzwischen in jedem Kreis einen Pflegestützpunkt, bis auf den Kreis Schleswig-Flensburg, der hoffentlich bald nachziehen wird. Und selbstverständlich können wir über den Bundesrat mit den entsprechenden Initiativen dafür sorgen, dass Pflege das selbe Gewicht bekommt wie Bildung oder Sicherheitspolitik. Das ist jahrzehntlang versäumt worden.



Soll nochmal an die Werft zurückgegeben werden: Bei ihrer neuen Fregatte „Baden-Württemberg“ hat die Bundeswehr während einer monatlangen Erprobung Mängel entdeckt. FOTO: DPA

Jedes zweite Marine-Schiff zur Reparatur

FLENSBURG Von den 46 schwimmenden Einheiten der Deutschen Marine liegt derzeit jedes zweite zur Reparatur in der Werft. Das sagte der Inspekteur der Marine, Vizeadmiral Andreas Krause, gestern am Rande der Vereidigung der Crew 7/2018 in der Marineschule Mürwik.

Dazu komme, dass der Aufenthalt in der Werft stets doppelt so lang dauere wie eigentlich geplant. Dies führe zu fehlender Planbarkeit, was wieder die Marine als Arbeitgeber unattraktiv machen. Krause betonte, dass die Marine wachsen müsse und wachsen werde. So wer-

de im Januar mit dem Bau fünf neuer Korvetten begonnen, für die jetzt die Namen festgelegt wurden. 211 Offiziersanwärter wurden gestern in Flensburg vereidigt, insgesamt nahmen 286 Kadetten an der Zeremonie teil. Darunter waren 54 Frauen sowie ausländische Anwärter

aus Frankreich, Thailand, Senegal, Benin, Korea und Jemen. Es ist die größte Crew seit Ende des Kalten Krieges. In seiner Festrede hob der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Bundestages, Wolfgang Hellmich (SPD), vor allem auf das Thema Tapferkeit ab. *ppp*